



Caren Lay

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Leiterin Arbeitskreis Struktur- und Regionalpolitik
Fraktion DIE LINKE

Caren Lay (MdB) Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Berlin, 02.06.2017

Statement zur Aktionswoche Schuldnerberatung

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227-74126
Fax: (030) 227-76126
caren.lay@bundestag.de

Bürgerbüro Hoyerswerda

Dietrich-Bonhoeffer-Str. 4
02977 Hoyerswerda
Tel.: (03571) 60 81 18
Fax: (03571) 60 84 81
caren.lay@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Bautzen

Schülerstr. 10
02625 Bautzen
Tel.: (03591) 27 05 42
Fax: (03591) 27 05 43
caren.lay@wk2.bundestag.de

Die Schuldnerberatung ist eine wichtige Anlaufstelle für Menschen, die in Überschuldung geraten sind oder von ihr bedroht werden. Diese Menschen sind in einer existenziellen Notsituation und brauchen deshalb schnelle und umfassende Hilfe. Nur 3.500 Schuldnerberaterinnen und -berater bei knapp 7 Millionen überschuldeten Menschen in Deutschland werden dem nicht gerecht. Laut der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Bundestagsdrucksache 18/12523) müssen überschuldete Personen im Durchschnitt zehn Wochen auf den Beginn der eigentlichen Beratung warten. Die Wartezeit ist jedoch von Land und Gemeinde unterschiedlich und in ländlichen Regionen noch länger. Die Schuldnerberatung in Deutschland muss daher finanziell und institutionell gestärkt werden. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Länder und Gemeinden.

DIE LINKE ist der Meinung, dass sich der Bund hier nicht aus der Verantwortung stehlen darf. Wie aus der Kleinen Anfrage hervorgeht, erhält die Arbeit der Schuldnerberatung kaum Unterstützung personeller oder finanzieller Art durch die Bundesregierung. Selbst im koordinierenden Bundesministerium für Familie, Senioren, Frau und Jugend wurde (BMFSFJ) dafür keine Personalstelle eingerichtet. Aus dem Bundeshaushalt wird die Schuldnerberatung jährlich lediglich mit 11.000 Euro unterstützt. DIE LINKE spricht sich deshalb dafür aus, dass die Kompetenzen für die Schuldnerberatung in einem Ministerium, am besten im Bundesverbraucherministerium, gebündelt werden. Darüber hinaus fordern wir schon lange eine bundesweite Finanz- und Schuldnerberatung. Dafür soll der Bund durch eine Anschubfinanzierung einen dauerhaften Beratungsausbau fördern. Zukünftig sollen diese Kosten von der Wirtschaft, den Unternehmen und Banken getragen werden.

Außerdem ist ein Recht auf eine kostenfreie Schuldner- und Insolvenzberatung für alle finanziell in Not geratenen Menschen gesetzlich festzulegen – egal ob sie erwerbstätig, arbeitslos,



Caren Lay

Mitglied des Deutschen Bundestages

selbstständig, in Ausbildung oder im Ruhestand sind. Wir sprechen uns auch für eine in den Schulunterricht integrierte Verbraucherbildung aus.

Darüber hinaus erwartet DIE LINKE, dass sich der Bund um die besonderen Problemlagen von überschuldeten Menschen im Wirtschaftsleben kümmert. Dabei geht es zum Beispiel um Kettenkreditverträge, bei denen Banken mit einer Umschuldung enorme Gewinne machen oder überteuerte Sofortkredite. Außerdem müssen Inkassokosten, Dispo- und Überziehungszinsen und Vorfälligkeitsentschädigungen bei Wohnimmobilien gesetzlich gedeckelt werden. Basiskonten müssen kostenlos angeboten und die Lücken beim Pfändungsschutzkonto wie das Fehlen von Spar- und Kreditmöglichkeiten beseitigt werden.

Hauptauslöser für Überschuldung sind Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Niedrigeinkommen, Krankheit und Trennungen. Aus diesem Grund kämpft DIE LINKE für eine bedarfsgerechte Existenzsicherung für Alle. Das heißt ein gesetzlicher Mindestlohn von 12 Euro/Stunde, die Abschaffung von Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen. Außerdem sind eine Kindergrundsicherung und eine Bürgerkrankenversicherung, in die alle einzahlen, notwendig. Darüber hinaus müssen die größten Ausgabenposten der Menschen, zum Beispiel die Kosten für Mieten und Energie, durch eine effektive Mietpreiskontrolle, durch den Bau von mehr Sozialwohnungen sowie durch ein soziales und ökologisches Stromtarifmodell gesenkt werden. Stromsperren müssen gesetzlich verboten werden.